

Methoden der Sozialdemokratie und des ADGB, nach ausreichenden zur Behauptung der kapitalistischen Diktatur.

Die weitere Verdrängung der Wirtschaftskrise hat zur Verschärfung der Klassengegensätze geführt und signalisiert Klassenauseinandersetzungen großen Ausmaßes. In der Nullfalschischen Aktion formiert sich die rote kämpfende Einheit gegen die braunen Nordbanden, gegen die notverordneten Wagnerschläge, gegen Ermittlungen, Unterstüßungsabbau, Lohnabbau. Der Hauptvorwurf der Eugenberg-Schleicher-Presse gegen die SPD-Führung besteht darin, daß sie es immer weniger zu verhindern vermöge, daß der sozialdemokratische Arbeiter unter dem Zeichen der Antifaschistischen Aktion marschiert. Die Verdrängung der kommunistischen Partei, aller revolutionären Organisationen, wird zu einem Lebensgebot der kapitalistischen Diktatur, um den wachsenden revolutionären Massenwiderstand zu brechen. Es ist die Voraussetzung und Bedingung für die Niederwerfung des Proletariats, für die Führerlosmachung der Unterdrückten. In dieser Frage gibt es zwischen den Gruppierungen innerhalb des bürgerlichen Lagers keine Differenzen. Die Stuttgarter Völkervereinigung brachte trotz wachsender „Veranlung“ in den Spitzen der Bourgeoisie über Profitanteil und Methoden der Unterdrückung des Einvernehmens zwischen von Papen und Zentrum über die Dringlichkeit der Zerfischung der kommunistischen Partei.

Die Durchführung dieser Aufgaben erfordert die schnelle Venderkung der Herrschaftsformen der bürgerlichen Diktatur. Neben dem Betrug wird der faschistische Terror zur Hauptmethode der kapitalistischen Unterdrückung. Der faschistische Staatsstreich in Preußen am 20. Juli, die Abhebung der Preußen-Regierung und ihrer sozialdemokratischen Staatsfunktionäre in der Provinz, die Befestigung der Staatspräsidien durch die Angehörigen der herrschenden Klasse und ihrer nationalsozialistischen Trabanten sind erfolgt, weil der Bourgeoisie die Heranziehung der nationalsozialistischen Kampf- und Terrororganisationen als unmittelbare Stütze der kapitalistischen Diktatur eine bessere Sicherung ihrer Macht scheint, als die offene Tolerierung durch die Sozialdemokratie, die durch den wachsenden Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiterklasse in der Durchführung der kapitalistischen Politik gehemmt, durch die Krise zerrüttet wird.

Gerade weil die Bourgeoisie zu entscheidenden Schlägen ausholt, weil die Herstellung der kämpfenden Einheit der deutschen Arbeiterklasse keinen Aufschub mehr duldet, bedarf es der unbedingten kompromislosen Klarheit über die gegenwärtige und weitere Rolle der SPD-Führer. Vierzehn Jahre war die Sozialdemokratie an der „Machtausübung“ in Reich und Ländern beteiligt, hat sie durch Gewalt und Betrug die Machtlosigkeit des deutschen Proletariats betrieben.

Durch Gewalt: Denn die Ebert und Koste schlugen mit den weißen Freikorpsbanden die Revolution nieder. Severing verbot den KPD, rüstete den preussischen Polizeiapparat aus, der heute in den Händen der faschistischen Diktatur ein Instrument gegen das Proletariat, gegen die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter ist. Severings letzte Amtshandlung war die Erklärung an Papen, mit dem Einzug seiner Polizei in Preußen fast ausschließlich Kommunisten getötet zu haben. Der Blutsonntag im sozialdemokratisch regierten Altona war die Bestätigung der Severing'schen Diktatur.

Durch Betrug: Denn die SPD-Führer erklärten ihre Koalitionspolitik, ihre Ministerposten als „Machteroberung im Dienste des Proletariats“. „Wenn schon Diktatur, dann unsere Diktatur“, beteuerte Reiss auf dem Magdeburger Parteitag. Ein Reichswehrleutnant konnte der sozialdemokratischen Machteroberung ein Ende machen, als die Bourgeoisie die Auswechslung ihrer Stützen im Staatsapparat für notwendig erachtete. Wie sie Hindenburg als den „Kämpfer gegen den Faschismus“ ausgaben, so bezeichnen sie heute noch „Brüning als Klassenkämpfer von oben“, mit dem sie für die „zweite Republik“ den trügerischen Ruf erheben, nachdem sie mit ihrer Weimarer Republik der faschistischen Diktatur den Weg bereitet haben. Der kommandierende General von Berlin-Standenburg verhängte die Zuchthausstrafe über die revolutionären Organisatoren und Propagandisten des Massenstreiks. Die SPD-Führer setzten sich ihm, als sie in einem Extrablatt der „Eisernen Front“ die Antifaschisten der Tat als „Streikheger“ und „Provokateure“ denunzierten. „Seht der Gewalt den Stimmzettel entgegen“ — heißt es im letzten Aufruf der Reichsbannerleitung.

Das Sperrfeuer des Massenbetrugs gegen die sozialdemokratischen Arbeiter, die Verhinderung jeder außerparlamentarischen Massenaktion, die Aufhebung der Arbeiter untereinander ist auch dann die Politik der SPD-Führer, wenn die Ereignisse des 20. Juli nach der geschlossenen Erhebung der deutschen Arbeiterklasse gegen die faschistische Diktatur schreien. Die Sozialdemokratie bleibt auch nach dem erhaltenen Fußtritt in Preußen, bleibt auch außerhalb der Regierung die soziale Hauptstütze der bürgerlichen Diktatur im Lager der Arbeiterklasse, ohne die kein Brüning, kein Hindenburg und kein von Papen hätten regieren können. Wäre der Einfluß der sozialdemokratischen Führer im Lager des Proletariats gebrochen gewesen, wäre es uns bereits gelungen, die Mehrheit der Arbeiterklasse unter dem Banner und den Losungen der kommunistischen Partei in den Kampf zu führen, der 20. Juli hätte einen anderen Verlauf genommen, als es sich die faschistischen Machthaber träumen ließen.

Der Politik der SPD-Führung setzen wir entgegen die Ueberzeugungskraft unserer Argumente und die Tapferkeit der Antifaschistischen Aktion. Es gilt, den sozialdemokratischen Massenbewegten Arbeitern die ganze ungeheure Bedeutung des Staatsstreichs vom 20. Juli aufzuzeigen. Es gilt, im Bewußtsein des gesamten Proletariats den Mut und die Entschlußkraft zu wecken für die außerparlamentarische Massenaktion, die als einzige Kraft einer Entschlußnahme Einhalt zu gebieten vermag, die nach dem Willen der Bourgeoisie über die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen, militärisierten Arbeitszwang, Blutgericht und imperialistisches Abenteuer gegen die Sowjetunion führen soll. Nur die Macht in den Händen der Arbeiterklasse, nur die Erklämpfung der Arbeiter- und Bauernregierung, nur ein Deutschland der Räte verhindert den Untergang der arbeitenden Klasse, zerrißt Versailles, öffnet die Betriebe, gibt der lebenden und den kommenden Generationen die Welt des Sozialismus. In dem wir die Betriebe in den Mittelpunkt unserer aufrüttelnden, den Kampf organisierenden Arbeit stellen, indem jeder Kommunist durch das persönliche Beispiel fühner Opferbereitschaft und eiserner Entschlossenheit sich als Führer der Massen im Kampfe gegen Faschismus und notverordneten Hunger erweist, schaffen wir die Voraussetzung für jene großen politischen Klassenkämpfe, deren Ausbruch am 20. Juli durch die SPD und den ADGB noch einmal verhindert wurden.

Wir Kommunisten lassen uns durch die Aufhebung des Lagerzustandes nicht eine Minute in Illusionen wiegen, als sei die der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Freiheitspartei drohende Gefahr gemindert. Die Proklamierung der „Wahlfreiheit“ durch die Papen-Regierung, die Verisierung ausgemachter Terrorwahlen durch einige demokratische Ueber-

Zwei Lohntüten

Quittiert mit Wahl der Liste 3!

Brüning-Lohntüte

Papen-Lohntüte

vom 23. 10. bis 29. 10. 1932

56 Stunden à 15.		8,40
Abzüge:		
Krankentassenbeiträge	93	
Invaliditätsbeiträge	30	
Steuerabzug		
bleiben zu zahlen		8,17

Betrag sofort nachzahlen, da spätere Einwendungen nicht berücksichtigt werden.

H. Gaertner, Schönthal.

(Arbeiterkorrespondenz.)

Werte Genossen! Ich schicke euch zwei Lohntüten, von demselben Unternehmer, aber unter zwei Regierungen. Die erste Lohntüte wurde ausgezahlt unter dem „glorreichen“ Brüning-Severing-Regime, die andere unter dem Regime von Papen-Schleicher. Diese Löhne wurden für einen 17jährigen Jungarbeiter ausgezahlt. Aus der ersten Lohntüte ist ersichtlich, daß der Jungarbeiter unter dem System Brüning-Severing mit 15 Pf. Stundenlohn bei einer 56-Stunden-Woche also einen Wochenlohn von 7,17 Mark erreicht hatte. Was geschah aber unter Papen? Der Stundenlohn wurde vorläufig unbekannt aus welchen Gründen, auf 12 Pfennig herabgesetzt, und der Wochenlohn beträgt jetzt 5,96 Mark. Außerdem wurden von diesem Lohn noch 11 Pfennig Krisensteuer abgezogen. Nun fragen wir, ob es eine große politische und wirtschaftliche Erlösung bedeutet, wenn wir mit der SPD. das Brüning-

vom 25. 6. bis 1. 7. 1932

56 Stunden à 12,5		6,72
Abzüge:		
Krankentassenbeiträge	46	
Invaliditätsbeiträge	30	
Steuerabzug		
bleiben zu zahlen		5,96

Betrag sofort nachzahlen, da spätere Einwendungen nicht berücksichtigt werden.

H. Gaertner, Schönthal.

System wieder errichten wollen. Man kann sagen, daß 15 Pf. Stundenlohn noch immer mehr als 12 Pf. sind, aber jeder vernünftige Arbeiter muß sagen, daß 15 Pf. ebensowenig zum Leben ist wie 12 Pfennig. Es gibt nur eine einzige Regierung, bei der diese Löhne nicht existieren können: das ist die Arbeiter- und Bauernregierung.

Und was diese zwei Lohntüten und diese zwei Regierungssysteme, Brüning und Papen, am meisten kennzeichnet ist der Umstand, daß diese Löhne auch die Löhne des „Dritten Reiches“ sind. Dieser Unternehmer Gärtner ist nämlich ein Nazi. Damit ist auch bewiesen, wie die zwei Systeme den Faschismus vorbereiten. Die 12- und 15-Pfennig-Stundenlöhne sind die Löhne des Faschismus. Kämpft dagegen in der Antifaschistischen Aktion und für die KPD! Zeigt alle euren Kampfwillen durch die Wahl der Liste 3!

Streiks und Demonstrationen gegen Unterstüßungsabbau

Erfurt, 27. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In Kuhl in Thüringen haben die Erwerbslosen heute reißend die Annahme der gestützten Unterstüßung verweigert. Zur Unterstüßung dieser Aktion sind die vier größten Betriebe Kuhl, Betrieb Thiel (600 Mann Belegschaft), Schlotthauer (400 Mann Belegschaft), Storch & Stehmann und Fritz Thiel in einen einmündigen Proteststreik getreten. Zur gleichen Zeit fand eine Demonstration statt, an der sich zahlreiche Arbeiter beteiligten. Auch die Geschäftsleute bekundeten ihre Sympathie für die Aktion der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter gegen den Unterstüßungs-

abbau. Die Polizei, die anfangs gegen diese Massendemonstration machtlos war, griff die Demonstranten beim Rückmarsch an, um sie auseinanderzutreiben. Bei dem Versuch, einige Arbeiter zu verhaften, kam es zu Zusammenstößen, wobei die Polizei zur Schußwaffe griff. Ein Arbeiter, Fritz Eberlein, wurde durch einen Schuß verletzt. Zwei Schußpolizisten wurden verletzt. Um 2 Uhr traten die Betriebsräte von Kuhl zu einer Betriebsrätekonferenz zusammen, um zu diesem ungesetzlichen Vorgang Stellung zu nehmen und weitere Protestmaßnahmen der Betriebsarbeiter zu beschließen.

Bewaffneter Selbstschutz städtischer Beamten

Ein „Irrtum“ des Chemnitzer Oberbürgermeisters

Chemnitz, 27. Juli. Der Oberbürgermeister Heiser hat in den städtischen Betrieben einen Aufruf zur Bildung eines bewaffneten Selbstschutzes für die städtischen Beamten erlassen. Da die Polizei zu kurz auf der Straße beschäftigt sei, müßten die Beamten die städtischen Gebäude selbst schützen. Der Selbstschutz soll mit Pistolen ausgerüstet werden. Auf Anfrage teilt die sächsische Regierung mit, daß der Aufruf des Chemnitzer Oberbürgermeisters auf einem „Irrtum“ beruhe. Der bewaffnete Selbstschutz solle nicht offiziell, sondern nur für bestimmte Anlagen und Betriebe, vor allem für die technischen Werke, gebildet werden. Zur Bildung eines solchen Selbstschutzes sei allerdings eine Anweisung durch die sächsische Regierung gegeben worden.

heißel verbergen in Wahrheit den Ausnahmezustand und weitere Anschläge gegen die KPD. und alle Antifaschisten. Alle kommunistischen Zeitungen sind bereits verboten. Der preussische Schieberlack gibt dem Kampf gegen unsere Massenagitation für die Liste 3. Der KPD. soll mit Gewalt eine Wahlniederlage bereitet werden, um ihr Verbot und ihre Zertrümmerung unter den Bedingungen einer Depressionsstimmung innerhalb der Arbeiterklasse um so leichter durchzuführen zu können. Die Massen-demonstration für die KPD. am 31. Juli ist damit erst recht zu einem Mittel für außerparlamentarischen Mobilisierung der revolutionären Kräfte geworden. Der Wahlurne fern bleiben, würde mehr als jemals eine direkte Unterstüßung des Klassenfeindes bedeuten. Erst recht gilt es, den faschistischen Diktator und ihren Trabanten

Der „Irrtum“ des Chemnitzer Oberbürgermeisters zeigt jedem Arbeiter klar, mit welchen Mitteln die Bourgeoisie ihre Regierungsgewalt auszubauen gedenkt. Die angeblich neutrale Aufziehung des Selbstschutzes darf und wird keinen Arbeiter darüber täuschen, daß es sich um eine neue Kampfmaßnahme gegen das Proletariat handelt.

Gorgulow zum Tode verurteilt

Paris, 27. Juli. Im Gorgulow-Prozess fällt das Gericht am Mittwochabend nach kurzer Beratung der Geschworenen, die die beiden ihnen vorgelegten Fragen mit Ja beantwortet hatten, das Urteil. Der Mörder des französischen Staatspräsidenten Doumer wurde zum Tode verurteilt. Der Verteidiger des Angeklagten hatte auf Selbstmordunfähigkeit plädiert.

am kommenden Sonntag zu zeigen, daß die kommunistische Partei über allen Terror hinweg in Millionen von Proletarierherzen verankert und unausrottbar ist, daß ihre Kräfte im Feuer des Kampfes wachsen und stark genug sein werden, das blutende und geknechtete Proletariat Deutschlands aus dem Dunkel der faschistischen Unterdrückung in das Licht des Sozialismus zu führen. Sie organisieren den Hunger, den Terror, den Krieg. Sie mobilisieren die finstern Kräfte der Verzweiflung, um die Zukunft der Arbeiterklasse zu ermürgen. Wir organisieren die Bekehrung der arbeitenden Klasse aus den mörderischen Fesseln des Faschismus. Wir mobilisieren zur Niederdrückung des Faschismus, zur radikalen Aenderung aller bestehenden barbarischen Verhältnisse. Die kommunistische Partei ist die einzige Freiheitspartei. Wählt Kommunisten!